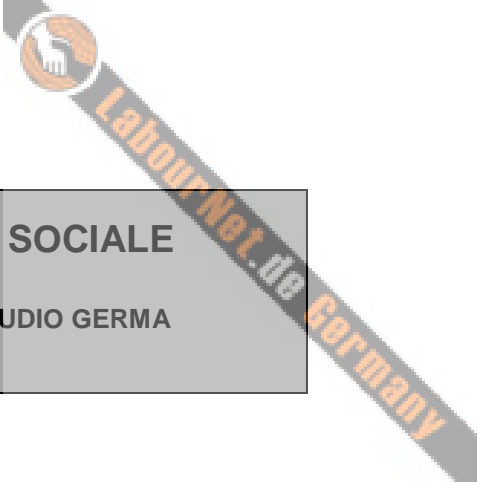


ACCADEMIA ED ISTITUTO PER LA RICERCA SOCIALE
VERONA
PALAZZO ISTITUTO NAZIONALE DELLE ASSICURAZIONI – STUDIO GERMA
CORSO PORTA NUOVA 11 – I – 37122 VERONA



Sozialpolitik als Instrument der Verarmung? Die Zerstörung des Europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise

von
Professor (Gast) Albrecht **Goeschel**
Staatliche Universität Rostov
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona

Verona/Berlin
November 2012

Inhalt	Seite
1. Zweimal Profite: Aus der Euro-Einführung und aus der Euro-Krise	3
2. Nutzung der Krise für eine Schubumkehr im Sozialen	4
3. Wirtschaftsraumerweiterung und Währungsanpassung: Grundmuster des atlantisch-pazifischen Kapitalismus	6
4. Raumordnung und Daseinsvorsorge als Europäisches Sozialmodell	8
4.1. Umbau durch direkte Sozialtransfersenkung	10
4.2. Umbau durch indirekte Sozialtransfersenkung	11
5. Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten Europa	14
5.1. Griechenland: Labor für die Zerrüttung des Europäische Sozialmodells	15
5.2. Sozialstaaten im Zangengriff von Abbau des Kündigungsschutzes, Erhöhung der Mehrwertsteuer und Absenkung der Renten	15
6. Deutsche „Reformen“ als Leitbild für die Lohnabsenkung und Nachfragedämpfung in der EU	21
6.1. Lohnsenkung durch Neben-Lohnmanipulation	22
6.2. Nachfragedämpfung durch Mehrwertsteuergestaltung, Beitragsmanipulation, Grundsicherung, Verbrauchssteuererhöhung und Verbraucherpreiserhöhung	22
6.3. Auswirkungen der deutschen „Reformen“ auf Privathaushalte und Regionen	25
7. Ökonomische Ungleichgewichte und die unterschiedliche Verwundbarkeit der Länder Europas gegenüber der Austerity-Strategie	26
8. Rückkehr des Fluchtkapitals: Die nächste Krise in Vorbereitung	28
8.1. Kapitalrückfluss nach Südeuropa: Schon wieder ein Wunder?	29
8.2. Niedriglohnzone Südeuropa und „Innerer Süden“ in Deutschland: Hier locken die Extraprofite	30

1. Zweimal Profite: Aus der Euro-Einführung und aus der Euro-Krise

Seit dem Frühjahr 2012 haben sich die ökonomische und die politische Lage in der Euro-Zone und in der Europäischen Union dramatisch verändert und die sozialen und regionalen Probleme dramatisch verschärft. Das europäische Haus stehe in Flammen und die Deutsche Bundeskanzlerin lösche mit Kerosin befand der vormalige deutsche Außenminister Fischer damals fassungslos ob der Gefahr einer Zerstörung der europäischen Ordnung durch das Spardiktat, das nur ein anderer Name für Desinvestition und Disengagement für die Europäische Gemeinschaft ist.¹

Die deutsche Exportwirtschaft, der deutsche Bankensektor und der deutsche Staatshaushalt haben sich als die großen Profiteure zuerst der Aufwertungsvermeidung dank Euro und nun der Krise des Euro und der EU erwiesen. Ein Jahrzehnt Kredittransfer der erzielten innereuropäischen Handelsüberschüsse Deutschlands in die EU-Nachbarländer haben den Standort Deutschland so profitabel und risikofest gemacht, dass er nun auch noch hunderte von Milliarden Fluchtkapital aus den anderen europäischen Volkswirtschaften und Anlagekapital aus der übrigen Welt auf sich zieht. Und eine durch die Krise des Euro forcierte Abwertung des Euro würde die Exportposition der deutschen Unternehmen noch weiter stärken.

Zugleich sind über den Hebel der Bankenrettung durch Staatsverschuldung mit nachfolgenden Einsparprogrammen die durchaus leistungsfähigen und damit wettbewerbsgegnerschen Konkurrenzindustrien vor allem in Frankreich, Italien und Spanien in die Rezession geraten. Und schon zuvor haben die Kapitalüberschusskredite in die europäischen Peripherieländer dort zwar den deutschen Banken gute Geschäfte, den dortigen Volkswirtschaften aber vor allem eine unproduktive und für die deutschen Exportkonzerne ungefährliche Immobilienökonomie etc. geschaffen. Sofern die Industrien in den Schuldenländern nun, wie gefordert durch Lohnabbau ihre Exportpreise „wettbewerbsfähiger“, d.h. billiger machen, ermöglichen sie durch Verbilligung der Zulieferungsleistungen nach Deutschland den dortigen Exportkonzernen noch höhere Gewinne. Und: Ein Heruntersparen der europäischen Konkurrenzökonomien vermindert deren Kapitalstock und „erspart“ der deutschen Ökonomie Investitionen zur Erhöhung des eigenen Kapitalstock.

¹ Fischer, Joschka: Das europäische Haus steht in Flammen. In: Süddeutsche Zeitung, 04.06.2012

In der europäischen und internationalen Politik und Ökonomie mehren sich die Stimmen, die im Hochreden der Staatsverschuldung einzelner Euro-Länder und in dem harten und einseitigen Sparkurs der deutschen Bundesregierung gegenüber den europäischen Nachbarländern durchaus Methode erkennen: Wozu mit Euro-Bonds den Kapitalzustrom in den deutschen Wirtschaftsraum stoppen oder gar mit einem EU-Marshallplan der durchaus nicht bedeutungslosen Konkurrenz in Frankreich, Italien und Spanien wieder mehr Spielraum verschaffen und den Zustrom junger Gutsausgebildeter zum Versiegen bringen?

In wenig bekannten Analysediensten aber auch in den allgemeinen Leitmedien wird Europa immer mehr als Ballast für ein neues Geschäftsmodell Deutschland registriert. Deutschland wendet sich nunmehr Brasilien, China, Indien und Russland zu und Europa wird zum Hinterland herabgestuft.² Dass Deutschland mit seiner Euro-Beute aus dieser Währung aussteigen sollte wurde schon einmal im Jahre 2005 diskutiert.³ In dem auf einen solchen Ausstieg zunächst folgenden Exporteinbruch mit Hocharbeitslosigkeit wird die Chance gesehen, lohnbezogen noch „wettbewerbsfähiger“ zu werden und die Konkurrenz mit den asiatischen Mitbewerbern aufnehmen zu können.⁴

2. Nutzung der Krise für eine Schubumkehr im Sozialen

Die Mainstream-Kritik an der Europapolitik des deutschen Machtkartells aus Bundesregierung, Großbanken und Exportwirtschaft begnügt sich dabei mit einer banalen Erkenntnis: Bei einer Strategie des Niedersparens der europäischen Konkurrenzökonomien und zugleich der realen Abwertung ihrer Produktionen, d.h. Verbilligung und Wettbewerbsstärkung als Zulieferer des deutschen und nunmehr deutsch-europäischen Exportkapitalismus wird es über die benutzten Instrumente des Fiskalpaktes und der ESM-EZB-Mechanismen auch zu massiven Sozialkürzungen für die deutsche Bevölkerung kommen.⁵ Für diese Vermutung bedarf es keiner allzugroßen intellektuellen Anstrengung.

² Grzanna, Marcel: Und ewig lockt China. In: Süddeutsche Zeitung, 13.06.2012 und Stephan, Sabine; Redle, Leonhard: Going East: Deutschland setzt auf den Handel mit China und den Ländern Mittel- und Osteuropas, IMK-Report 54. Hrsg.: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf, September 2010; Gerlach, Sally, Plume, Anna-Marleen: Deutschland und China sind die Globalisierungsgewinner. In: Prognostrendletter, Basel 1/2012, S. 6 ff.; Matern, Tobias: Geschäft mit Sprengkraft. In: Süddeutsche Zeitung, 12.07.2012: Zum Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in Indonesien und dem dort gewünschten Panzerankauf.

³ Einecke, Helga: Politisch unerwünscht. In: Süddeutsche Zeitung, 14.07.2005

⁴ dpa: Linde-Chef Reitzle fordert Euro-Austritt. In: Süddeutsche Zeitung, 16.01.2012

⁵ Ochsner, Thomas: Jetzt geht's an die Reserven. In: Süddeutsche Zeitung, 15.11.2011

Nicht nur dass die ansonsten beim Armutsthema sich besonders lautstark in den einschlägigen Talk-Runden vordrängenden Repräsentantinnen und Repräsentanten einiger Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt hartnäckig zur regelrecht erpressten Verarmung der Bevölkerungen vor allem im Süden Europas schweigen:⁶ Die sozial- und armutspolitische Diskussion in Deutschland verschließt sich der Erkenntnis, dass es im Zuge der Euro-Krise zu einer regelrechten „Schubumkehr“ in der Sozialsicherung gekommen ist: Die Systeme der Sozialsicherung der EU- und insbesondere der Euroländer sind durch die Vorgaben und Auswirkungen des Fiskalpaktes von Faktoren des Einkommensausgleiches und-erhaltes, d.h. positiver Einkommens- und Wachstumspolitik zu Instrumenten der Einkommensenkung, d.h. negativer Einkommens- und Verarmungspolitik gemacht werden. Dies stellt letztlich auch die Grundlagen der Verbändedemokratie in Frage und erklärt damit die Verdrängungs- und Verleugnungshaltung der Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt beim Thema Euro-Krise und EU-Krise.⁷

Nachfolgend werden daher nicht in mainstreamkritischer Manier die absehbaren und angestrebten sozialen Folge der Euro-Krise und ihrer Nutzung für die Generierung noch höherer Extraprofite beklagt. Analysiert wird statt dessen, dass es das für die Wohlfahrtsstaaten Europas typische funktionell ausgesonderte „Soziale“ selbst, die kodifizierten Sozialrechte, die institutionell aufgegliederten Sozialsicherungszweige und die von der Wirtschaftspolitik abgetrennte Sozialpolitik als Wesensmerkmal des Wohlfahrtsstaates sind, die unter Nutzung der Euro-Krise dafür instrumentalisiert wurden und werden, die Arbeit noch billiger zu machen und nicht mehr nur um billige Arbeit möglich zu machen.

⁶ Einzige Ausnahme ist bislang der Landesverband Nordrhein-Westfalen des VdK, der im Oktober 2012 ein exzellentes Forum zum Thema „Euro“: Rettet eine Sozial-Union Europa? veranstaltet hat.

⁷ Schon seit dem Ausbrechen der Finanz-, Real- und Staatsbudget-Krise auch in Deutschland fällt auf, dass seitens der Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt die mittlerweile verflossene Zeit mitnichten genutzt worden ist, um auch substantielle ordnungspolitische und gesamtwirtschaftliche Positionen aufzubauen und makroökonomisch abzusichern. Als Ausnahmen ist hier lediglich der Landesverband Bayern der AWO zu nennen, der im Jahre 2009 eine Untersuchung zu den fiskalischen und damit sparpolitischen Kosten der einseitigen Exportorientierung Deutschlands gefördert hat. Außerdem hat die Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ein sozialpolitisches Kritikmuster am Geschäftsmodell Deutschland formuliert. Goeschel, Albrecht: Mehrwertsteuer-Lücke und Export-Meisterschaft: Gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkung zur Mehrwertsteuerdebatte. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V. mit Förderung der Arbeiterwohlfahrtsverband Bayern e.V., Marquartstein, Juli 2009 und von zur Gathen, Marion und Martens, Rudolf: Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband, Berlin 26.11.2009

3. Wirtschaftsraumerweiterung und Währungsanpassung: Grundmuster des atlantisch-pazifischen Kapitalismus

Das Grundmuster der hegemonialen globalisierten Ökonomie und ihrer Politik besteht in einem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stetigen Wachstum des Welthandels bei gleichzeitigem Abflachen der Gesamtwirtschaftsleistung in den Traditionsräumen Vereinigte Staaten, Japan und Europa. Die systemtypischen inländischen Überproduktionskrisen wurden durch forcierten Zugewinn neuer ausländischer, auch wechselseitiger Absatzmöglichkeiten „exportiert“. Dabei wurde dann jeweils auch das Währungssystem unter Nutzung politischer, militärischer und finanzieller Druckmittel angepasst. Am Beginn dieser Phase stand die ökonomisch-politische „Machtergreifung“ der Vereinigten Staaten auch im bisherigen atlantischen und pazifischen Wirtschaftsraum der besiegten Gegner Deutschland und Japan. Die Anerkennung des US-Dollar als Ersatz für die vormalige Golddeckung von Währungen bei festen Wechselkursen, das System von Bretton-Woods bildete hierfür den Auftakt.

Die Wachstumswirkung der Wirtschaftsraumerweiterung bestand in erster Linie darin, dass das für die kapitalistische Wirtschaftsweise kennzeichnende weite Zurückbleiben der Lohneinkommen hinter der Wertschöpfung nicht wegen fehlender Inlandskaufkraft zu Überproduktionskrisen führte bzw. diese abdämpfte. Es wurden immer neue Räume mit kostengünstigen Arbeitskräften bzw. Absatzmärkten für den Export überschüssiger Waren und überschüssigen Kapitals erschlossen. Das Vorhandensein schwächer entwickelter Regionen, Landesteile, Nachbarländer oder Weltgegenden, das gleichzeitige Nebeneinander von wirtschaftsräumlichen Unterschieden, d.h. die Raumdimension, ist eine Grundkomponente in der Konkurrenz um Höchstgewinne.

Allerdings wird diese Ausnutzung von regionalen und internationalen Disparitäten für die Krisenvermeidung oder Krisendämpfung durch Waren- und Kapitalexport von den konkurrierenden Volkswirtschaften und ihren Staaten typisch in der Sphäre der Währungspolitik abgewehrt: Exportangriffen andere Volkswirtschaften wird durch Abwertung der eigenen Währung begegnet. Dadurch wird der Import der angreifenden Waren und des angreifenden Kapitals verteuert und der eigene Export verbilligt. Realwirtschaftliche Ungleichgewichte führen, wenn sie exportiert werden, typisch zu Währungsauseinandersetzungen.⁸

⁸ Altwater, Elmar: Die Währungskrise, Frankfurt am Main 1969, S. 10 ff.

Übersicht 1
Krisendämpfung durch Wirtschaftsraumerweiterung
und
Währungsanpassung
1945 - 2012

1945	Wirtschaftsvorherrschaft der USA im atlantisch-pazifischen Raum Bretton-Woods-Abkommen	US-Dollar als weltweite Reservewährung
1948	Wiederaufbau und Abgrenzung des westeuropäischen Wirtschaftsraumes Marshallplan und Währungsreform	DM als westliche Nachfolgewährung der Reichsmark
1990	Erweiterung der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	DM als gesamtdeutsche Einheitswährung
2002	Ausweitung der Mitgliedsländer und Ausbau der Wirtschafts- und Währungszusammenarbeit der Europäischen Union Maastricht Vertrag	EUR als europäische Gemeinschaftswährung
2012	Fiskalunion mit Vorherrschaft des Geschäfts- und Politikmodells Deutschland	EUR-Währungsfonds etc.

Quelle: Goeschel, Albrecht: Regionale Wertschöpfung und die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone. In: Georg, Wolfgang; Berg Thomas (Hrsg.): Regionales Zukunftsmanagement Band 6: Regionalökonomie, Pabst Science Publishers, Lengerich 2012, S. 49

4. Raumordnung und Daseinsvorsorge als Europäisches Sozialmodell

Regionale und internationale Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung als Voraussetzung für den „Export“ von Krisenpotentialen um für den Preis von chronischen Währungsproblemen zeigen in Europa noch eine besondere Spezifität. Ein erheblicher Teil des Wachstums vor und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch die Erschließung der landwirtschaftlich-handwerklichen Regionen in Europa selbst generiert.⁹ Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Raumordnung und Landesentwicklung war dafür in Deutschland die Strategieformel. Bei der Wiederausammenlegung von Ost- und Westdeutschland und bei der Zusammenführung Europas ging es um die Integration autonomer Sozialstaaten mit teilweise unterschiedlichen Wirtschaftssystemen: Auch dies richtete die Aufmerksamkeit auf die räumlichen Disparitäten innerhalb des Wirtschaftsraumes und erschloss enorme innere Wachstumspotentiale.

Die andere Besonderheit Europas ist der Aufbau eines Systems der Sozialsicherung durch steuer- oder beitragsfinanzierte Budgets oder Fonds für Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit. Sozialsicherung ist hierfür in Europa die Strategieformel. Dabei zeigen die europäischen Nationalstaaten eine auch geografisch gehäufte Vielfalt von Sozialsicherungsformen. Deren Grundfunktion ist aber stets die gleiche: Die systembedingte Lohnzurückdrängung wird durch systemstabilisierenden Lohnersatz in Form von Sozialtransfers und Sozialinfrastruktur ausgeglichen.

Zumindest in Deutschland wurde im Zuge der Neoliberalisierung diese vormalige Politikkonzeption gleichwertiger Lebensverhältnisse, d.h. eine Entwicklung der wirtschaftsschwächeren Regionen durch politisch flankierte „Kapitalexporte“ aus den wirtschaftsstarken Regionen aufgegeben und durch die „Clusterideologie“ ersetzt: Konzentration aller Potentiale auf die weltmarktrelevanten Standorträume der stärksten Realkapitale mit Orientierung am Wirtschaftsraum Europa und am Weltwirtschaftsraum.¹⁰ Dies ist neuerdings auch die Maßgabe für alle Euro-Länder.¹¹

⁹ Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main; New York 1984, S. 210 - 228

¹⁰ Martens, Rudolf: Raumtypisierung und Regionen-Ranking: Zum Wandel der Planungs- und Förderungspolitik als Rahmen für Daseinsvorsorge in Genossenschaftsform. In: George, Wolfgang; Berg, Thomas (Hrsg.): A.a.O., S. 145 - 151

¹¹ Deutsche Bundesbank: Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum. In: Monatsbericht, Frankfurt am Main, Juli 2010, S. 17 - 31

Vor allem in Deutschland wurde die vormalige Politikkonzeption der Lohnzurückhaltung durch Daseinsvorsorge, d.h. der Ergänzung gewinnförderlich zurückbleibender Lohnquoten durch kreditfinanzierte öffentliche Leistungen, Dienste und Einrichtungen ebenfalls aufgegeben. Stattdessen wurden die so genannten Lohn-„Nebenkosten“, ökonomisch sind dies Neben-Löhne, benutzt um tarifpolitisch geräuschlos die Gesamtlöhne vorsehend, gegenwärtig oder nachträglich zu senken.¹²

In Europa, insbesondere in Deutschland, existieren dadurch zwei Hauptkanäle der Beanspruchung des Lebensstandards der Bevölkerung zur Refinanzierung der so genannten Staatsschulden:¹³ Die laufende Verschlechterung der Regional- und Kommunal Finanzen und die laufende Verringerung der Sozialtransfers.

Bis zur Finanz- und Realkrise 2008/2009 bestand die Funktion der EU und vor allem des Euro darin, dass sich die in Konkurrenz liegenden zunächst westeuropäischen Volkswirtschaften gleichwohl gemeinsam gegenüber dem ökonomischen und politischen Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika und gegenüber dem ökonomisch-technologischen Konkurrenten Japan behaupten konnten. Durch einen gemeinsamen Außenwert sollten und wurden die internen Wachstumspotentiale gegen die vom US-Dollar immer wieder, etwa bei den beiden Ölkrisen ausgelösten Währungsschocks geschützt und positive Auswirkungen und negative Auswirkungen des stark schwankenden Euro-Dollar-Wechselkurses im größeren Wirtschaftsraum ausgeglichen. Das für den deutschen Export schädliche Zurückfallen des US-Dollarkurses konnte durch die eurointerne Exportsteigerung aufgefangen werden.

Nun geht es um andere Dimensionen: Wenn es gelingt, den Euro nicht nur zu retten sondern auch die europäischen Volkswirtschaften und Sozialstaaten im Zuge des stillen Staatstreiches der EZB und der ausdrücklichen Haushaltsdiktate des Fiskalpaktes zu formieren, dann wird der US-Dollar seine komfortable und zugleich selbstruinöse Rolle als Weltgeld ausgespielt haben. Die Kapitalströme der Welt werden sich dann stärker auf Europa richten.

Neben nominalen Änderungen der Währungsrelationen konkurrierender Wirtschaftsblöcke, gegenwärtig zeigt der Euro trotz aller Krisen

¹² Zander, Thomas: Mindestlöhne: Einkommenspolitische Korrektur des Geschäftsmodell Deutschland? In: Sozialverband VdK NRW (Hrsg.): „Lohnarbeit“: Sozialstaatserneuerung in NRW durch bessere Löhne und Daseinsvorsorge. Düsseldorf 2011, S. 99 - 107

¹³ Goeschel, Albrecht: Staatsverschuldung und Lohnabbau fördern Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, Januar 2011

gegenüber dem Dollar infolge der dürftigen Produktionsleistung und enormer Staatsüberschuldung der USA eine exporthinderliche Stärke, ist es möglich, Währungsrelationen durch reale Änderungen, insbesondere einen massiven Abbau der Arbeitseinkommen zu erreichen: Der Wert einer Währung wird dann sozusagen von innen, durch Lohndämpfung gesenkt. Diese Strategie hat das deutsche Machtkartell mit Hilfe des Fiskalpaktes vor allem von den südlichen Euro-Ländern regelrecht erpresst.

Der Erfolg dieser Politik eine Mehrfachgewinner-Position einer kleinen Kerngruppe weniger EU- und Eurovolkswirtschaften, allen voran das Geschäftsmodell Deutschland ist an den Zahlungsbilanzen der EU-Länder abzulesen. (Karte 1)

Das besondere daran ist, dass dabei der Sozialstaat, dass die Sozialtransfers benutzt werden, um die Konkurrenzkapitalien auszuschalten oder abhängig zu machen. Dabei zeichnen sich je nach dem Entwicklungsstand der Sozialstaatlichkeit in den verschiedenen EU-Ländern unterschiedliche „Pfade“ der Zerrüttung der jeweiligen Gesellschaften und Volkswirtschaften mittels Sozialabbau angetrieben durch Sparpolitik und „Fiskalpakt“ ab.

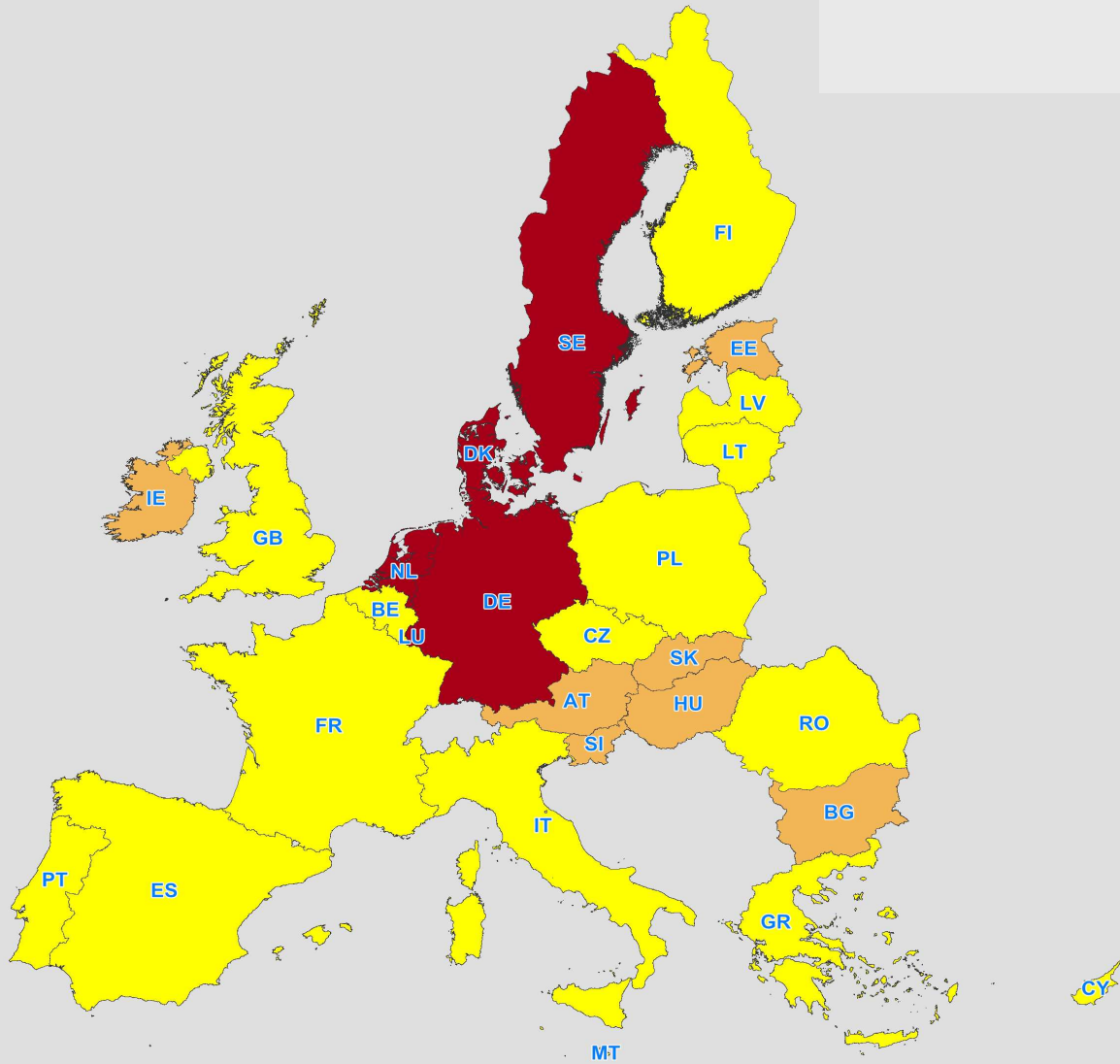
4.1. Umbau durch direkte Sozialtransfersenkung

Der zentrale Sparhebel der Regierungen der Krisen- und Defizitländer ist eine direkte Senkung der Sozialtransfers. Gerade bei stärker steuerfinanzierten Sozialsicherungssystemen bietet es sich für die Regierungen an, hier direkte Ausgaben- bzw. Leistungskürzungen zu dekretieren. Die Blaupause hierfür haben die dementsprechend auch als Vorbild gepriesenen „Reformen“ in Deutschland geliefert. Durchgängig wurde bei diesen Reformen der Sozialsicherung eine Lohnsenkung, d.h. negative Einkommenspolitik auch durch Leistungsabbau verfolgt um die Export- Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Dabei war wie die Kombi-Löhne und die Kombi-Renten zeigen gerade auch die zunehmende Steuerfinanzierung der Arbeitslöhne und der Sozialtransfers regelmäßig mit Reduzierungen der Löhne und der Transfers verbunden. Unterlegt wurden die direkten Sozialtransfersenkungen durch Leistungsabbau im „Reformmodell“ Deutschland zusätzlich noch durch Vorgaben zur Beitragssatzstabilisierung, zum Abbau der Beitragsfinanzierungsparität und durch Beitragssatzsubventionierung aus Steuermitteln Ein steigendes und sich verfestigendes Armutrisiko ist damit das politisch

Karte 1

Zahlungsbilanzen in der Europäischen Union 2011 Surplus und Defizit



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

Surplus (+) oder Defizit (-) je Erwerbstätigen

In EUR

In der EU-27 2011

- -6000 bis unter 0
- 0 bis unter 3000
- 3000 und mehr

erzeugte Resultat. Nachdem dieser Weg von der deutschen Politik gegenüber den anderen EU- und Euroländern durchgesetzt ist, muss und kann analysiert werden, wie sich das Armutsrisiko dieser Politik für die Bevölkerungen in den Ländern der EU darstellt.

Dabei wird unterstellt, dass Länder mit einem hohen Niveau an Sozialtransfers zwar eine breite Angriffsfläche für eine Zerrüttung durch die sogenannte Austerity-Strategie bieten. Für die Mehrzahl der Länder der Euro-Zone und diese insgesamt wird dementsprechend auch tatsächlich ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr als Folge dieser Strategie prognostiziert.¹⁴ Allerdings können die eingebauten Stabilisatoren der Sozialsicherung, insbesondere wenn sie beitragsfinanziert sind, auch nicht „über Nacht“ demontiert werden und sie behalten ihre Armutsverminderungs- oder Armutsvermeidungsfunktion gerade dann bei, wenn sie breit ausgelegt und gut ausgestattet sind. Hierfür spricht der grafische Zusammenhang von Sozialquote und Armutsquote in Europa. In der Tat zeigen diejenigen Länder der EU, die hohe Sozialquoten aufweisen niedrige Armutsquoten und umgekehrt.¹⁵ (Übersicht 2)

4.2. Umbau durch indirekte Sozialtransfersenkung

Zusätzlich zu einer direkten Verringerung der Sozialtransfers mit der Folge einer Erhöhung des Armutsrisikos vor allem in Ländern mit schon jetzt niedriger Sozialquote und hoher Armutsquote muss auch mit den Folgewirkungen steigender Arbeitslosigkeit nach Sozialtransferkürzungen gerechnet werden. Nachdem Sozialtransfers vor allem für die Nachfrage relevant sind, bewirken Sozialtransferkürzungen Nachfrageausfall und Beschäftigungsausfall. Steigende Arbeitslosigkeit führt dann zu Mehrbeanspruchung der Sozialtransfers bei gleichzeitiger Wenigeraufbringung entsprechender Finanzmittel.¹⁶

¹⁴ Arbeitskreis Konjunktur: Im Bann der Austeritätspolitik: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2012. IMK-Report 69. Hrsg.: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung Düsseldorf Dezember 2011

¹⁵ Obinger, Herbert: Sozialpolitische Nettoausgaben im internationalen Vergleich-Bestimmungsverfahren und Wirkungen. In: ZeS-Report. Hrsg.: Zentrum für Sozialpolitik Bremen, November 2007, S. 3 ff.

¹⁶ Hauser, Richard: Die Wechselwirkungen zwischen Beschäftigungspolitik und Sozialer Sicherung. Diskussionspapier P 89 – 106. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 11.04.1989

Übersicht 2: Sozialsicherung und Armutsgefährdung in Europa 2009

Sozialsicherungsquote ¹ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2009		Armutsgefährdungsquote ² in Prozent der Bevölkerung 2009	
16,6	Lettland	Lettland	25,7
16,7	Bulgarien	Rumänien	22,4
16,9	Rumänien	Bulgarien	21,8
18,3	Slowakei	Litauen	20,6
19,0	Estland	Griechenland	19,7
19,4	Polen	Estland	19,7
19,8	Malta	Spanien	19,5
19,8	Tschech. Rep.	Italien	18,4
20,6	Zypern	Portugal	17,4
20,6	Litauen	Ver. Königr.	17,3
22,7	Luxemburg	Polen	17,1
23,0	Ungarn	Deutschland	15,5
23,3	Slowenien	Malta	15,3
24,5	Spanien	Zypern	15,3
25,6	Portugal	Irland	15,0
26,4	Irland	Luxemburg	14,9
27,3	Griechenland	Belgien	14,6
28,2	Ver. Königr.	Finnland	13,8
28,4	Italien	Schweden	13,3
28,9	Belgien	Dänemark	13,1
29,4	Finnland	Frankreich	12,9
29,7	Niederlande	Ungarn	12,4
29,9	Österreich	Österreich	12,0
30,1	Deutschland	Slowenien	11,3
31,5	Schweden	Niederlande	11,1
31,6	Frankreich	Slowakei	10,0
32,5	Dänemark	Tschech. Rep.	8,6

1) Leistungen für die Sozialschutzfunktionen Krankheit und Gesundheit, Invalidität und Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung

2) Von Armut bedrohte Personen gemessen an einem Einkommen in Höhe von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen.

Quelle: Eurostat 2011 und Eurostat 2012

Mit solchen Effekten muss für Länder gerechnet werden, in denen schon jetzt die Sozialtransferquote niedrig und die Arbeitslosenquote hoch ist.¹⁷
(Übersicht 3)

5. Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten Europa

Die Begriffe „Fiskal-Union“ bzw. „Fiskalpakt“ sind in hohem Maße irreführend. Mit dem Teilbegriff „Union“ wird eine Einheit auf eben dem Gebiet vorgetäuscht, auf dem ganz im Gegenteil zunächst eine Zerrüttung und nachfolgend eine Spaltung Europas betrieben wird, nämlich über die Para-Fisci. Mit dem Teilbegriff „Pakt“ wird ein Vertragsverhältnis vorgetäuscht, wo ganz im Gegenteil eher ein Zwangsverhältnis vorliegt.

Diese drohende Zerrüttung und Spaltung Europas lässt sich durch zwei Kartografien gut verdeutlichen. Diese Karten zeigen die aktuellen Rangplätze der EU-Länder bei den Sozialleistungsquoten¹⁸ und den Armutsquoten¹⁹ bzw. den Sozialleistungsquoten und den Arbeitslosenquoten²⁰ der einzelnen Länder im Europavergleich.²¹

Beide Karten zeigen höchste Werte für verbleibende Sozialquoten nach Abzug der Armutsquote bzw. nach Abzug der Arbeitslosenquote in einer Kernzone, die Deutschland und Österreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg, Dänemark und Schweden umfasst. Hinzu kommen England und Ungarn bei der Armutsquote, Frankreich bei der Arbeitslosenquote.

¹⁷ Zur regionalen Positivkorrelation von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit. Hotz, Dieter: Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeausgaben und kommunales Investitionsverhalten. In: Informationen zur Raumentwicklung. Hrsg. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn 9/10 – 1987, S. 593 – 610, bes. S. 598 ff.

¹⁸ Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die Funktionen Krankheit und Gesundheit, Invalidität und Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung.

¹⁹ Anteil der Personen mit einem Einkommen unter der EU-Armutsquote an den Einwohnern.

²⁰ Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

²¹ Methodisch wurde dabei wie folgt verfahren: Kartografie Sozialquote und Armutsquote: Für jedes Land wurde von der Sozialleistungsquote die Armutsquote subtrahiert. Die verbleibenden positiven, neutralen oder negativen Saldowerte wurden in eine absteigende Rangfolge gebracht. Kartografie Sozialquote und Arbeitslosenquote: Für jedes Land wurde von der Sozialleistungsquote die Arbeitslosenquote subtrahiert. Die verbleibenden positiven, neutralen oder negativen Saldowerte wurden in eine absteigende Rangfolge gebracht.

Die jeweiligen Ranglisten wurden in jeweils drei Klassen aufgeteilt, die Länder zugeordnet und kartografisch abgebildet. Die These ist, dass Länder, die nach Abzug der Armutsquote bzw. nach Abzug der Arbeitslosenquote noch immer hohe Sozialquoten zeigen, direkte Sozialkürzungen durch Leistungsabbau und indirekte Sozialkürzungen infolge Arbeitslosigkeit sowie auch eine gleichgerichtete Sparprogrammatik wie Senkung der Renten oder Erhöhung des Rentenalters etc. besser auffangen können.

Zu beachten ist, dass die Armutsquote teilweise in der jeweiligen Sozialquote enthalten ist, wenn das Land die Funktion Ausgrenzung mit Sozialtransfers korrigiert. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote. Entscheidend sind dann für die Stabilität die jeweils anderen sieben Funktionen.

Übersicht 3: Sozialsicherung und Arbeitslosigkeit in Europa 2009/2010

Sozialsicherungsquote ¹⁾ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2009		Arbeitslosenquote ²⁾ in Prozent der Erwerbspersonen 2010	
16,6	Lettland	Spanien	20,1
16,7	Bulgarien	Lettland	18,7
16,9	Rumänien	Litauen	17,8
18,3	Slowakei	Estland	16,9
19,0	Estland	Slowakei	14,4
19,4	Polen	Irland	13,7
19,8	Malta	Griechenland	12,6
19,8	Tschech. Rep.	Portugal	12,0
20,6	Zypern	Ungarn	11,2
20,6	Litauen	Bulgarien	10,2
22,7	Luxemburg	Frankreich	9,8
23,0	Ungarn	Polen	9,6
23,3	Slowenien	Finnland	8,4
24,5	Spanien	Schweden	8,4
25,6	Portugal	Italien	8,4
26,4	Irland	Belgien	8,3
27,3	Griechenland	Ver. Königr.	7,8
28,2	Ver. Königr.	Dänemark	7,4
28,4	Italien	Tschech. Rep.	7,3
28,9	Belgien	Slowenien	7,3
29,4	Finnland	Rumänien	7,3
29,7	Niederlande	Deutschland	7,1
29,9	Österreich	Malta	6,9
30,1	Deutschland	Zypern	6,3
31,5	Schweden	Niederlande	4,5
31,6	Frankreich	Luxemburg	4,5
32,5	Dänemark	Österreich	4,4

1) Leistungen für die Sozialschutzfunktion Krankheit und Gesundheit, Invalidität und Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung

2) Standardisiert

Quelle: Eurostat 2011 und Sachverständigenrat Jahresgutachten 2011/2012

Die schon von der Armutsgefährdung überforderten restlichen Länder sind in unterschiedlichen Abstufungen peripher. Sie haben nur geringe oder keine Reserven um Spardruck auf die Sozialtransfers direkt und aus steigender Arbeitslosigkeit indirekt aufzufangen, d.h. weitere Verarmung zu vermeiden. (Karte 2 und Karte 3)

5.1. Griechenland: Labor für die Zerrüttung des Europäischen Sozial-modells

Für die Sparzugriffe auf die europäischen Volkswirtschaften bzw. Gesellschaften durch Zerrüttung insbesondere der Sozialstaatlichkeit ist Griechenland sozusagen das Experimentierlabor.²² Es werden dort nicht nur die Sozialtransfers, die im europäischen Wohlfahrtsstaat- und Wachstumsmodell als Instrument zur Gewinnsicherung durch Lohnmoderation dienen abgesenkt. Vielmehr wird die Lohnquote durch negative Beschäftigungspolitik (Einstellungstopp, Stellenabbau, Kündigungsschutzabbau) sowie negative Einkommenspolitik (Mindestlohn-, Lohn- und Arbeitslosengeldkürzung) direkt gesenkt.

Insbesondere die Alterslöhne, d.h. Lohnnachzahlungen in Form von Renten werden durch Kürzung der Renten bzw. Heraufsetzung des Rentenalters gesenkt. Die öffentlichen Alltagsdienste wie Wasser- und Energieversorgung sollen privatisiert werden und werden damit die Reallöhne durch Preissteigerungen negativ beeinflussen. Benachteiligten Gruppen, etwa die Bewohner entlegener Gebiete werden die Ausgleichszahlungen gekürzt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wirkt sofort wie eine Preissteigerung und damit Reallohnsenkung.

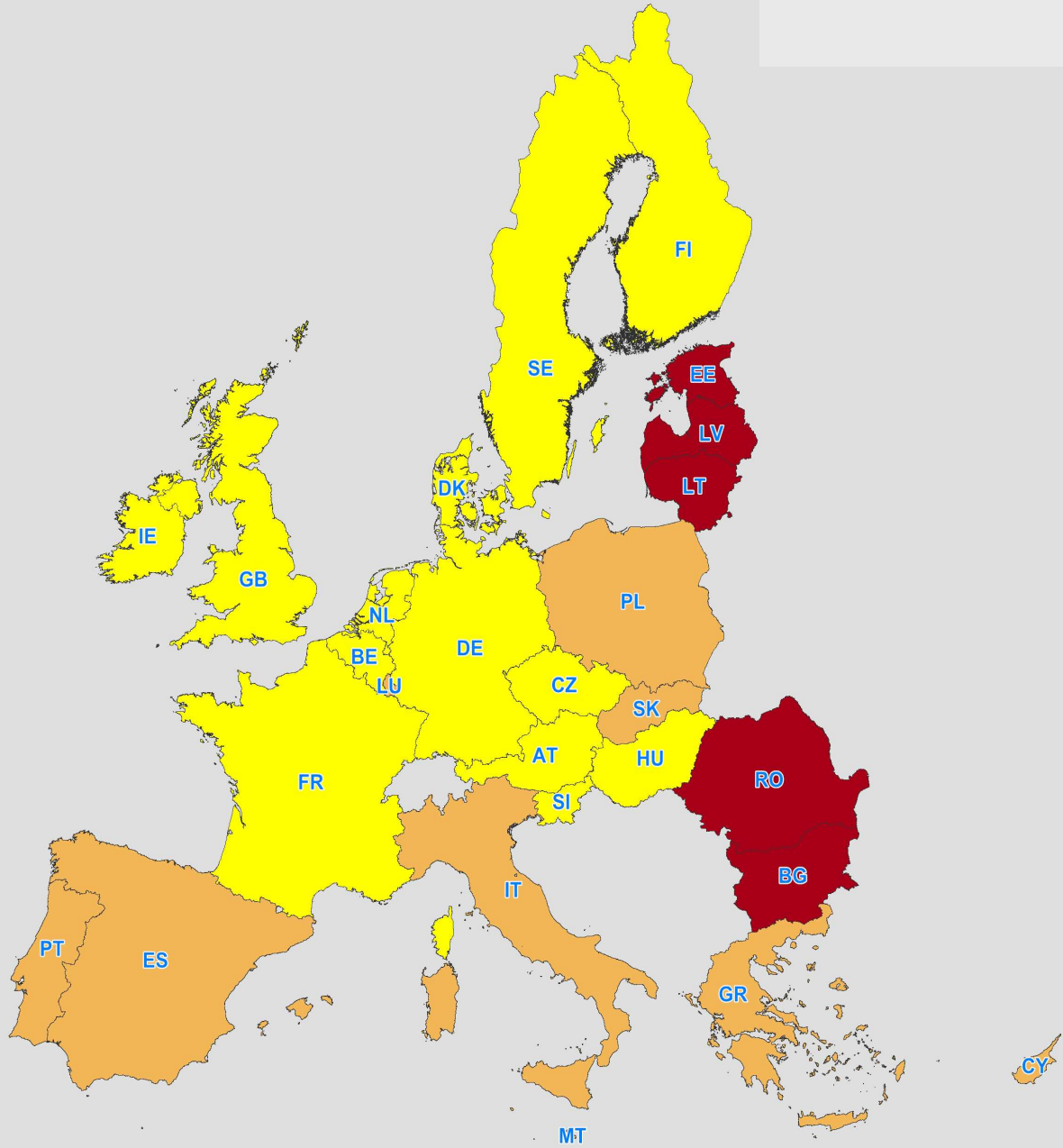
5.2. Sozialstaaten im Zangengriff von Abbau des Kündigungsschutzes, Erhöhung der Mehrwertsteuer und Absenkung der Renten

Wenn man die Sparprogramme der verschiedenen Länder der Euro-Zone und der EU bis zum Frühjahr 2012, d.h. bis zum Eintreten in die Fiskalpaktphase überblickt, zeigt sich, dass die Länder, die bereits Sparprogramme realisieren mehrheitlich Länder mit eher niedriger Sozialschutzquote sind oder jedenfalls nicht zur Spitzengruppe bei den Sozialschutzquoten, mit Ausnahme Frankreichs, Italiens und der Niederlande gehören. Es ist von daher plausibel, dass die häufigsten Sparmaßnahmen nicht über Reduzierungen der Sozialtransfers realisiert

²² ver.di Bundesvorstand: Heute Griechenland, morgen . . . ? In: Wirtschaftspolitik aktuell. Hrsg.: ver.di Bundesvorstand, 4-2010

Karte 2

Relativierte Sozialsicherung in der Europäischen Union 2009: Armutsgefährdung



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

Sozialleistungsquote minus Armutsgefährdungsquote

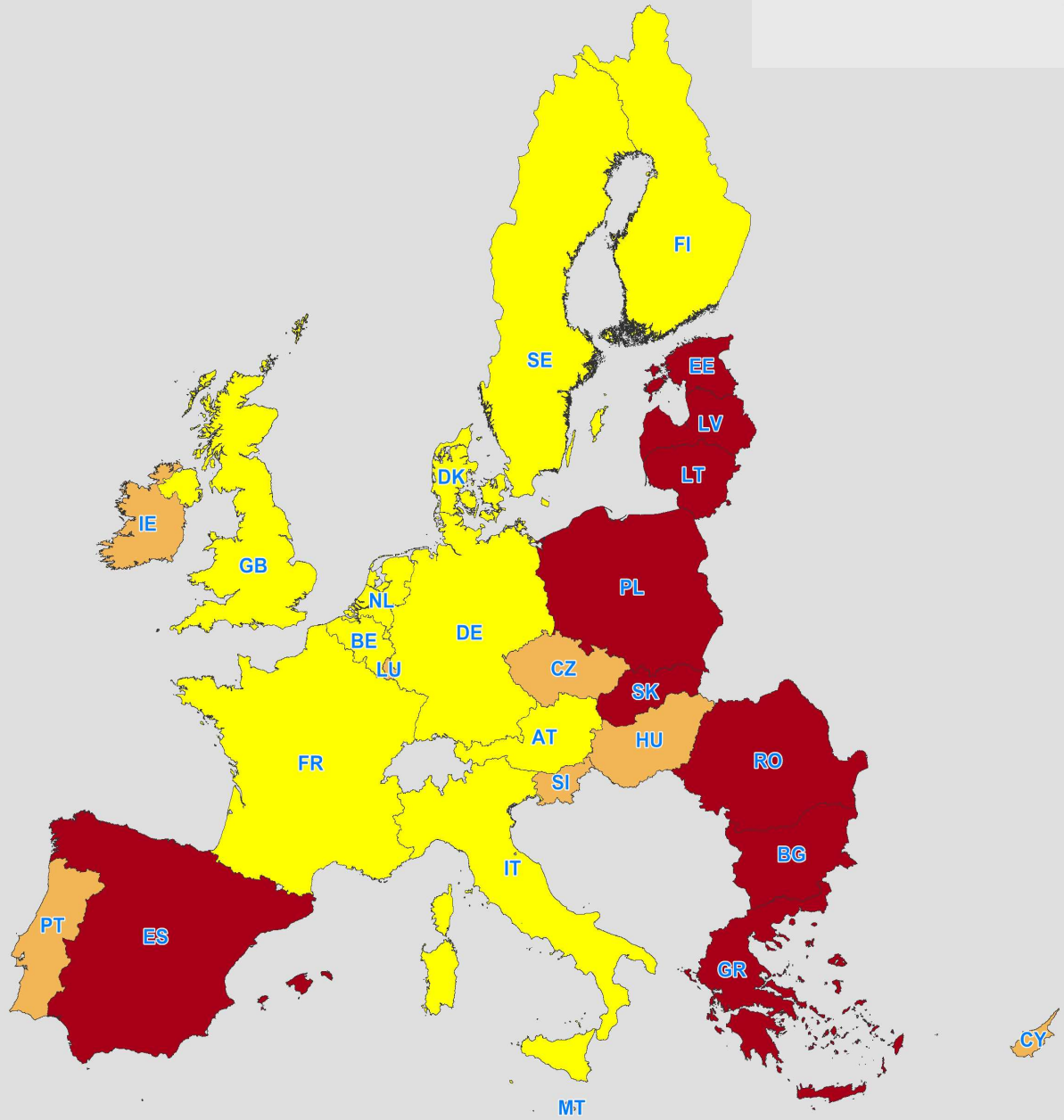
In Punkten

In der EU-27 2009

- 20 bis unter 11
- 10 bis unter 1
- 0 bis unter -10

Karte 3

Relativierte Sozialsicherung in der Europäischen Union 2009/2010: Arbeitslosigkeit



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

**Sozialleistungsquote minus
Arbeitslosenquote**

In Punkten

In der EU-27 2009

- 20 und mehr
- 10 bis unter 20
- bis unter 10

werden sondern als direkte Verbesserungen der Gewinnlage der Unternehmen, d.h. einen Abbau des Kündigungsschutzes bzw. als direkte Verbesserung der Staatseinnahmen, d.h. über eine Anhebung der Mehrwertsteuer. Auch die in den eher peripheren EU-Ländern noch anteilsstarken öffentlichen Versorgungsunternehmen und deren noch anteilsstarke Arbeitsplätze und Lohnaufkommen sind ein Ansatzpunkt für Spar- und Abbaumaßnahmen.

Im Mittelpunkt von Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialtransfers stehen, mehrheitlich bei Ländern mit Sozialleistungsquoten im mittleren und oberen Bereich direkte Rentenkürzungen oder Heraufsetzung des Rentalters, andere Kürzungen von Sozialtransfers sind weniger häufig anzutreffen. Hierbei spielt sicherlich der Umstand eine Rolle, dass in einer Reihe von eher peripheren Ländern der EU diese Sozialschutzfunktionen weniger ausgebaut sind. (Übersicht 4)

Selbstverständlich schlagen Sparmaßnahmen die direkt bei den Arbeitseinkommen und bei der Beschäftigung oder die direkt bei den Lebenshaltungskosten einschließlich öffentlicher Dienste ansetzen unmittelbar und unverzögerter auf die Lebenslage der Bevölkerung und auf die Nachfrage in der Wirtschaft durch als Sparmaßnahmen über die monetären und realen Sozialtransfers mit ihren rechtlichen und tatsächliche Verzögerungseffekten. Man kann insgesamt auch wegen der räumlichen Verteilung der verschiedenen Sparmaßnahmen im EU-Raum davon ausgehen, dass die Verarmungseffekte des Fiskalpaktes bzw. der Austerity-Strategie in der EU-Peripherie noch dramatischer ausfallen als im Kernbereich.

Die Frage stellt sich, welcher Typus von europäischem Wohlfahrtsstaat aber letztlich die höhere Abwehrkraft gegen die neoliberalen Zugriffe auf die Wirtschaftskraft und den Lebensstandard seiner Bevölkerungen hat: Wohlfahrtsstaaten mit hoher Sozialschutzquote, d.h. auch hoher Trägheit gegenüber Sparprogrammen oder Wohlfahrtsstaaten mit niedriger Sozialschutzquote, d.h. auch rascher Umsetzung von Sparprogrammen.

Der entscheidende Unterschied ist dabei der Grad der institutionellen Ausdifferenzierung der Sozialsicherung. Hochausdifferenzierte Sozialsicherungsinstitutionen wirken einerseits sparprozessverzögernd, wirken dann allerdings, wenn sie umprogrammiert sind, auch sparprozessverewigend. Bei geringer institutioneller Ausdifferenzierung eigenständiger Systeme der Sozialsicherung und einem Nochverbleiben der Sozialen Frage in den Arbeitsverhältnissen einerseits und einem

Übersicht 4: Sparprogramme in der Europäischen Union * 2010 – 2012

Maßnahmen ¹⁾	Länder ²⁾											
	CZ	BG	EE	ES	GB	GR	IT	NL	LT	PT	RO	SK
Abbau des Kündigungsschutzes	CZ	BG	EE	ES	GB	GR	IT	NL	LT	PT	RO	SK
Erhöhung der Mehrwertsteuer	CZ	ES	FR	GB	GR	IE	IT	NL	RO			
Kürzung der Renten inkl. Anhebung des Rentenalters	ES	FR	GR	IT	NL	PL	PT					
Privatisierung von Versorgungsunternehmen	ES	GB	GR	IE	IT	PL						
Kürzung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor	ES	GB	GR	IT	PL	RO						
Abbau der Tarifbindung	ES	FR	GR	IT	PT	SL						
Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Sektor	ES	GB	GR	IT	PL							
Abbau der Gesundheitsversorgung	ES	GR	IT	NL								
Kürzung des Arbeitslosengeldes	CZ	GR	PL									
Senkung der Löhne	ES	GR	PT									
Senkung des Mindestlohnes	ES	GR	PT									
Zentralisierung der Verwaltungs- und Selbstverwaltungsstrukturen	ES	IT										
Deregulierung von Arbeitsmarkt und Berufsordnungen	ES	IT										

* Ohne Deutschland

1) Auswahl

2) CZ = Tschechische Republik; BG = Bulgarien; EE = Estland; ES = Spanien; GB = Ver.Königreich; GR = Hellenische Republik; IT = Italien; NL = Niederlande; LT = Litauen; PT = Portugal; RO = Rumänien; SK = Slowakei

Quelle: Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung zwischen 01.01.2010 und 15.07.2012 sowie Hans-Böckler-Stiftung: Arbeitnehmerschutz: Abbau im Windschatten der Krise. In: Böckler-Impuls, Düsseldorf 9-2012

Vorherrschen des Steuerstaates andererseits sind Sparprogramme notwendigerweise „politisiert“, aber auch volatil.

6. Deutsche „Reformen“ als Leitbild für die Lohnabsenkung und Nachfragedämpfung in der EU

Im Sommer 2010 hat die Deutsche Bundesbank sozusagen die „Blaupause“ für die Austerity-Strategie des deutschen Machtkartells aus Exportkonzernen, Großbanken und Kanzleramt vorgelegt.²³ Sie nimmt dabei die „Ausstrahlungseffekte“ auf die Finanzmärkte, die von der „Verschuldungskrise in einigen Peripheriestaaten“ des Euro-Raumes ausgehen zum Anlass, die ursächlichen Leistungsbilanzdefizite dieser Länder näher zu analysieren und zu qualifizieren und daraus eine „Reformagenda“²⁴ zu entwickeln.

Als Vorbild werden dabei die „Arbeitsmarktreform und Lohnmoderation“ in Deutschland bezeichnet.²⁵ Die Kernelemente dieser „Reformagenda“ für den Gesamttraum der Europäischen Währungsunion, also nicht nur für die Defizitländer an der Peripherie sollen dabei erstens eine „Lohnmoderation als Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum“ sowie zweitens eine „Dämpfung der übersteigerten inländischen Nachfrage“ sein.²⁶ Vehement abgelehnt wird eine „symmetrische“, d.h. solidarische Krisenbewältigung durch eine „expansivere Lohn- und Finanzpolitik“ der Überflusländer zur Steigerung ihrer Binnennachfrage und damit Verbesserung der Auslandsnachfrage für die Defizitländer.²⁷

Als Hauptursache für die finanzmarktriskanten Leistungsbilanzdefizite der Peripherieländer identifiziert die Bundesbank eine „zu kräftig expandierende Binnennachfrage“ und eine entsprechend expansive „Lohnentwicklung“.²⁸ Der aus dieser Sicht ursachengerechten Lohnmoderation und Nachfragedämpfung in den Defizitländern wird dabei kein positiver Effekt auf die Leistungsbilanzen unterstellt. Im Gegenteil könnten sich diese durch die Exportpreissenkungen in Folge Lohnmoderation sogar noch verschlechtern. Dies sei allerdings hinnehmbar weil längerfristig damit eine Korrektur der zu hohen Löhne und des zu hohen Verbrauches als entscheidende

²³ Deutsche Bundesbank (Hrsg): Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum. In: Monatsbericht. Hrsg.: Deutsche Bundesbank Frankfurt am Main, Juli 2010

²⁴ Ebda. S. 17

²⁵ Ebda. S. 25

²⁶ Ebda. S. 40

²⁷ Ebda. S. 17

²⁸ Ebda. S. 18

Wachstumshindernisse erreicht werde.²⁹ Mit „Wachstum“ sind damit die Gewinnanteile am Bruttoinlandsprojekt bzw. Volkseinkommen gemeint.³⁰

6.1. Lohnsenkung durch Neben-Lohnmanipulation

Folgt man dem Bundesbank-Plan für die Krisenbewältigung in der Euro-Zone und im EU-Raum, d.h. einer Anwendung des deutschen Reform-Modells zur Lohn-Moderation und Nachfragedämpfung dann ergibt sich eine spezifisch deutsche Austerity-Strategie: Vor allem aus Gründen der Vermeidung direkter Konflikte mit den Arbeitnehmerorganisationen und unter Ausnutzung der in den zurückliegenden Jahrzehnten verfolgten Wachstumsstrategie der Moderation der Löhne durch Expansion der Daseinsvorsorge³¹ sowie unter Ausnutzung des schon Tradition gewordenen Korporatismus, d.h. zwischen Bundesregierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften „konzertierter“ Politik werden durch Beitragsstabilisierung und Leistungsdezimierung vor allem in der Gesundheits-, Pflege- und Rentenversicherung auf dem Umweg die Neben-Löhne die Arbeitnehmerentgelte gesenkt.³² Eine am deutschen Reformmodell ausgerichtete Austerity-Strategie setzt also bei den Lohnsenkungen zentral an den Sozialleistungsquoten der Euro-Zone an. Aufgabe einer politischen Überwachung der europäischen Austerity-Politik wird es sein, die Neben-Lohnmanipulation in den Euro- und EU-Staaten zu beobachten.

6.2. Nachfragedämpfung durch Mehrwertsteuergestaltung, Beitragsmanipulation, Grundsicherung, Verbrauchssteuererhöhung und Verbraucherpreiserhöhung

Folgt man der zweiten Empfehlung des Bundesbankplans für die Krisenbewältigung in der Euro-Zone und im EU-Raum, d.h. der Anwendung eines deutschen Modells zur Nachfragedämpfung dann ergibt sich auch hierfür eine spezifisch deutsche Austerity-Strategie.

Mittlerweile zum Leitbild für die EU-Länder insgesamt geworden ist das weitgehende Neuverschuldungsverbot in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das wesentlicher Inhalt des zur Verabschiedung anstehenden „Fiskalpakts“ ist. Bei den gegebenen Machtverhältnissen kann kein Zweifel bestehen, dass die Erfüllung dieser Vorgabe vorrangig über den Kanal der steuerfinanzierten

²⁹ Ebda., S. 26 und S. 40

³⁰ Einkommen aus Unternehmertätigkeit

³¹ Goeschel, Albrecht: Staatsverschuldung und Lohnabbau fördern Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen: Gesellschaftsspaltung oder Daseinsvorsorge als Problemlösung? Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, Januar 2011, S. 6 ff. und S. 8 ff.

³² Ebda.

Sozialleistungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungen realisiert wird. Die entfallenden Sozialeinkommen führen zu einer direkten Minderung der inländischen Nachfrage.³³

Zwar als solche keine deutsche Besonderheit verdient die entgegen dem seinerzeitigen Wahlversprechen dann mit dem Beginn der christlich-sozialen-sozialdemokratischen Koalition erfolgte Erhöhung der Mehrwertsteuer im Falle Deutschlands besondere Aufmerksamkeit. Sie stellt deshalb eine besonders gravierende Nachfragebelastung dar, weil gleichzeitig die stetig wachsenden Exportüberschüsse nicht mit Mehrwertsteuer belegt sind. In der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsstruktur sind daher der Privatkonsum und der Staatskonsum mit Mehrwertsteuer belegt, nicht jedoch der Wertschöpfungsverbrauch der Ausfuhrüberschüsse.³⁴

Eine weitere spezifisch deutsche Variante von Reformarbeit im Bereich der Sozialsicherung ist die schrittweise Umwandlung von Beitragseinnahmen in Steuermittel und damit die Übertragung der Verfügungs- und Gestaltungshoheit von Sozialversicherungsinstitutionen auf die Bundesregierung. Ein seit langen Jahren beschrittener Weg besteht in der Übertragung immer neuer sogenannter „Versicherungsfremder Leistungen“ auf die Sozialversicherungen wobei die Ersatzzahlungen weit unter den Kosten dieser Leistungen bleiben. Die Differenz von derzeit zwischen 65 und 70 Mrd. EUR muss dann aus den Beitragsmitteln der Sozialversicherung entnommen werden.³⁵ Ein erst in den letzten Jahren beschrittener Weg zur technisch-organisatorischen Umwandlung von Beiträgen in Steuern ist mit der Etablierung des sogenannten „Gesundheitsfonds“ gelungen. Der neue Einheitsbeitragssatz des Gesundheitsfonds wird zentral vorgegeben und ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Morbiditäten aus den Regionen abgezogen und im zentralen Sondervermögen Gesundheitsfonds (§ 217 SGB V) zusammenfasst. Der Einheitsbeitragssatz wird durch die Bundesregierung als Allgemeiner Beitragssatz festgelegt (§ 241 SGB V). Die Rückverteilung der Finanzmittel erfolgt davon getrennt durch die zentral vorgegebene Grundpauschale sowie Zu- und Abschläge als Zuweisungen je Versicherten (§ 266 SGB V).

³³ Goeschel, Albrecht: Schuldenbremse als Finanzputsch? Die Umwandlung der Wirtschaftskrise in noch mehr private und öffentliche Armut. Arbeitspapier für die Paritätische Forschungsstelle, Marquartstein Februar 2009

³⁴ Goeschel, Albrecht: Mehrwertsteuer-Lücke und Export-Meisterschaft: Gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkungen zur Mehrwertsteuer-Debatte. Arbeitspapier mit Unterstützung des AWO-Landesverbandes Bayern e.V., Marquartstein, Juli 2009

³⁵ Goeschel, Albrecht: Exportterror gegen den Sozialstaat – Wirtschaftskonzept des politischen Systems zerstört soziale Ordnung in Deutschland. In: Gesundheits-Politik-Management-Ökonomie, 3/2007, S. 69 – 72, bes. S. 70.

Durch diese Art der Rückverteilung wird nach einheitlicher Bewertung in der Fachwelt für alle Krankenkassen, auch die ausschließlich regionalzuständigen Krankenkassen eine bundesweite Mischkalkulation bewirkt, wie sie vormals nur Ersatzkassen hatten. Bei dieser Mischkalkulation zahlen Mitglieder in einkommensstärkeren, ausgabengünstigeren und/oder gesundheitswirtschaftlich schwächer ausgestatteten Regionen für Mitglieder in Regionen mit einer stärkeren Gesundheitswirtschaft, mit höheren Ausgaben und/oder mit niedrigerem Einkommen (hierzu von Augurtzki, Göppfarth, Rürup/Wille). Zusätzlich wird das, was dann von den aus den Regionen abgeflossenen Beiträgen an Leistungsausgaben in die Regionen tatsächlich zurückfließt vielfältig durch die Gesundheitspolitik manipuliert. Hier spielen insbesondere der Gemeinsame Bundesausschuss (§ 91 SGB V) und der zentrale Budgetdeckel (§ 71 SGB V) die wesentliche Rolle.

Im Gesundheitswesen ist sowohl für die Beitragsaufbringung wie für die Leistungsverausgabung und damit für den Beitragsbedarf die Regionalebene entscheidend. Durch die beschriebene Zentralisierung sowohl der Beitragsabschöpfung wie die Leistungsrückflüsse ist das typische Merkmal von Beiträgen, der enge sachliche Konnex von Leistung und Abgabe eliminiert. Verfassungsrechtler und Gesundheitsökonomien sprechen daher von einer „Kranken-Steuer“ (hierzu: Hufen, Kirchhof, Knappe) mit dem Charakter einer Verbrauchssteuer.

Eine weitere spezifisch deutsche Variante der schrittweisen Verlagerung der Sozialsicherung aus der Beitragsfinanzierung in die Steuerfinanzierung sind die Manipulationen der sogenannten Arbeitsmarktreformen. Unter Ausnutzung hoher Arbeitslosenzahlen wurden Millionen Haushalte aus der beitragsfinanzierten Sozialsicherung in die steuerfinanzierte Grundsicherung umgesiedelt und gleichzeitig unter Missachtung der Vorgaben der Verfassung und des Bundesverfassungsgerichtes dort auf eine Minimalnachfrage beschränkt.³⁶

Noch eine spezifisch deutsche Reformvariante zur Nachfragedämpfung besteht in der Verlagerung demografisch bedingt stark anwachsender Teile von Versicherten der Gesetzlichen (Voll-) Krankenversicherung in die Zuständigkeit der Gesetzlichen (Teil-) Pflegeversicherung. Die dort

³⁶ Hassel, Anke; Schiller, Christof: Der Fall Hartz IV, Frankfurt am Main 2010 und Lenze, Anne: Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09. Februar 2010. In: Nationale Armutskonferenz (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung überwinden – in Gerechtigkeit investieren; Berlin o.J., S. 14 ff. und der Paritätische Wohlfahrtsverband (Hrsg.): Zum Leben zu wenig . . . , Berlin o.J.

unvermeidlich hohen Eigenleistungen der Pflegebedürftigen bzw. ihrer Angehörigen verlagern Kaufkraft für die allgemeine Lebensführung in den Bereich der Pflegeversorgung. Bei einer Ausgestaltung als Vollversicherung in der Form einer Bürgerversicherung hätte dies zwar zu Beitragssteigerungen, d.h. steigenden Nebenlöhnen geführt jedoch die Kaufkraft für die allgemeine Lebensführung wesentlich weniger vermindert.³⁷

Zum Paket der Nachfragedämpfung gehört in Deutschland typisch auch die Überspannung der Haushaltslage der Kommunen durch Aufgabenverlagerung auf die Kommunen ohne angemessene Mittelausstattung mit der Folge eines Ansteigens der Gebührenpreise für die öffentlichen Leistungen und Lieferungen. Diese Art der indirekten Verbesserung des Haushaltes des Bundes und der Länder reduziert die Massenkaukraft erheblich.³⁸

6.3. Auswirkungen der deutschen „Reformen“ auf Privathaushalte und Regionen

Der Krisenplan der Bundesbank macht zwar die „Reformen“ der letzten Wachstumsperiode in Deutschland zum Leitbild für Lohnmoderation und Nachfragedämpfung – er bietet aber auch die Möglichkeit, die Auswirkungen einer solchen Austerity-Strategie in den Ländern der Euro-Zone und der Europäischen Union abzusehen.

In den zurückliegenden Jahren wurde eine Reihe von Untersuchungen zu den Auswirkungen der negativen Einkommenspolitik auf dem Umweg über die Neben-Löhne vorgelegt. Ebenso gibt es eine Reihe von Untersuchungen zu den Auswirkungen der negativen Nachfragepolitik mittels Schuldenbremse, Mehrwertsteuererhöhung, Grundsicherungsverschlechterung, Risikoverlagerung in den Versicherungsfremdleistungen, Gesundheitsfonds, Pflegeversicherung und Aufgabenverlagerung auf die Kommunalebene.

Diese Untersuchungen betreffen entweder das Aggregat Privathaushalt und seine unterschiedlichen Typen oder das Aggregat Region und deren unterschiedlichen Typen. Für eine erste Abschätzung der Auswirkungen des deutschen Konzepts der Lohnmoderation bzw. Nachfragedämpfung auf die Länder der Euro-Zone bzw. der Europäischen Union

³⁷ Zander, Thomas: Pflegeversicherung und Pflegeversorgung: Entsteht hier die gesundheitliche Grundversorgung der Zukunft? In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Pflege-Armut“ – Folge der Pflege-, Gesundheits- und Grundsicherungsreformen? Düsseldorf 2012, S. 51 - 70

³⁸ Hassel, Anke; Schüller, Christof: Der Fall Hartz IV, Frankfurt und New York 2010, S. 172 – 183 und Memorandum '83: Kommunen in der Krise. In: Dass.: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung, Köln 1983, S: 128 - 134

interessieren hier in erster Linie die deskriptiven Analysen der Regionalinzidenz dieser Reformkonzeption und ihrer Einzelpolitiken. Eine Auswertung dieser Darstellungen und Untersuchungen würden den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Am Beispiel der Sozialkürzungen im Rahmen des Wachstumsförderungsgesetzes von 2010 soll jedoch gezeigt werden, wie solche Kürzungsprogramme Regionaldisparitäten dramatisieren.³⁹

Insbesondere am Beispiel der Sozialkürzungen des Sparpaketes 2011 – 2014 der deutschen Bundesregierung mit ihren massiven Einkommensverschlechterungen vor allem in den ostdeutschen Bundesländern aber auch in einigen westdeutschen Ballungsräumen wird deutlich, wie sehr eine Austerity-Politik räumliche Strukturen zerrütten kann.

7. Ökonomische Ungleichgewichte und die unterschiedliche Verwundbarkeit der Länder Europas gegenüber der Austerity-Strategie

Natürlich interessiert es, ob über die unterschiedliche Verteidigungskraft der Sozialstaaten der Europäischen Union bzw. des Euroraumes gegenüber dem Sparzugriff auf die Wirtschaftskraft und der Lebensstand dieser Volkswirtschaften auch noch andere gleichgerichtete Unterschiede zwischen den Ländern der Europäischen Union bzw. des Euroraumes bestehen. Hier wird man dann sehr schnell fündig: Die Länder mit der geringeren Verteidigungskraft, d.h. der geringeren verbleibenden Sozialquote nach Abzug der Armutsquote bzw. der Arbeitslosenquote zeigen in den Jahren nach 2000 mehrheitlich eine negative Leistungsbilanz, d.h. Verschuldung gegenüber dem Ausland. Umgekehrt zeigen die Länder mit hoher Verteidigungskraft, also vor allem Deutschland und Österreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Schweden in diesem Zeitraum eine positive Leistungsbilanz: Sie sind gegenüber dem Ausland Gläubigerländer.⁴⁰ (Karte 4)

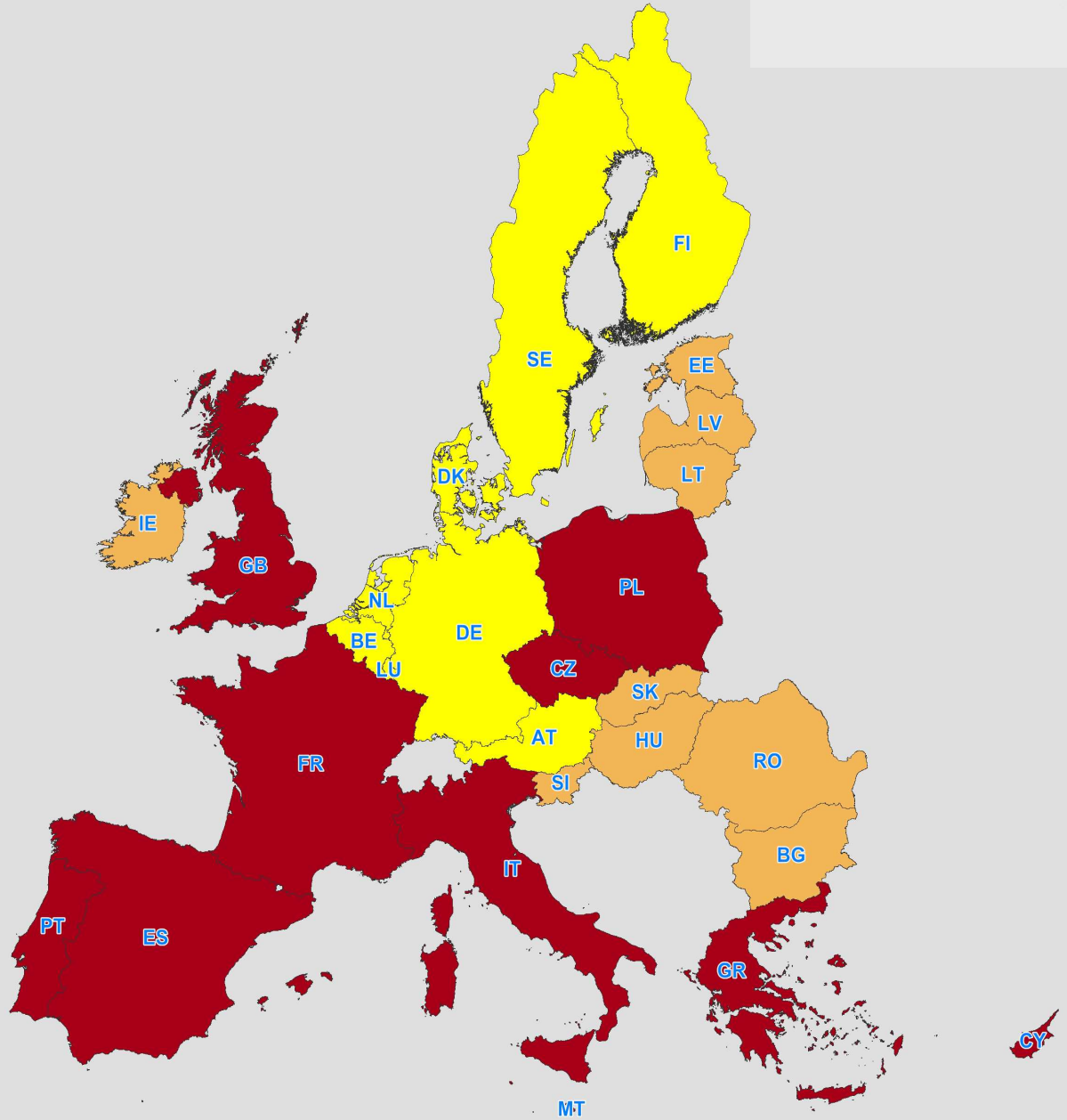
³⁹ Martens, Rudolf: Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011 – 2014. Hrsg. Der Paritätische Gesamtverband, Berlin 2010

⁴⁰ Joeßges, Heike; Torsten, Niechoj: Rettungsmaßnahmen im Euroraum – kurzfristig sinnvoll, aber nicht ausreichend. IMK-Report 52, Düsseldorf 2010, S. 9 ff. und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg): Verantwortung für Europa wahrnehmen – Jahresgutachten 2011/12, Wiesbaden 09.11.2011, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>, S. 371

Karte 4

Leistungsbilanzen in der Europäischen Union 2010

Surplus und Defizit



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

**Surplus (+) oder Defizit (-)
je Erwerbstätigen**

In EUR

In der EU-27 2009

- 1000 und mehr
- -1000 bis unter 1000
- bis unter -1000

Wesentlicher Inhalt dieser Ungleichgewichte zwischen Ländern mit anhaltender Gläubigerposition bzw. Schuldnerposition sind die anhaltenden Exportüberschüsse der Gläubigerländer, vor allem Deutschlands gegenüber den Hochimporten der Schuldnerländer. Gesamtökonomisch gesehen haben die sogenannten Schuldnerländer erst die Exportüberschüsse der Gläubigerländer ermöglicht. Die Spaltung Europas ist also von Anbeginn an angelegt gewesen und wurde durch die Währungsunion wegen des wegfallenden Aufwertungsmechanismus gegenüber den Exportüberschussländern einerseits und den niedrigen Realzinsen in den Hochexportländern andererseits forciert.

Aus diesen Ungleichgewichten wird nun eine auch für die Exportüberschuss- und Gläubigerländer hochriskante Zerrüttung und Spaltung, wenn statt einer ausgleichenden und abgestimmten gemeinsamen Wirtschafts-, Haushalts-, Sozial- und Steuerpolitik und vor allem wirksame Transferpolitik der Hauptgewinner Deutschland aus der Verantwortung für den Europäischen Raum aussteigt und unter Mitnahme der Gewinne aus der europäischen Einigung und der europäischen Krise zum „Panthersprung“ in die BRIC-Staaten übergeht.⁴¹ Der Chef der HypoVereinsbank Theodor Weimer warnt hier vor einem „Phyrrussieg“.⁴²

8. Rückkehr des Fluchtkapitals: Die nächste Krise in Vorbereitung

Die Öffentlichkeit hat sich seit bald einem Jahrzehnt daran gewöhnt, dass die Wirtschaftsjournalist:innen chormäßig die immer neuen Behauptungen der Politik über angebliche „Wunder“ der Wirtschaft (Wachstums-Wunder, Beschäftigungs-Wunder, Deutschland-Wunder etc.) besingt. Dabei hat es sich noch stets um nichts anderes als ordinären Kapitalismus gehandelt, dessen Anliegen ja gerade nicht Stetigkeit und Gleichgewicht sondern Konkurrenzkampf und Wirtschaftsübermacht, also Meisterschaften, Siegeserfolge und eben „Wunder“ sind.⁴³

⁴¹ Stephan, Sabine; Redle, Leohnard: A.a.O.

⁴² Weimer, Theodor; Wir Deutsche müssen einen Phyrrussieg vermeiden. In.: Süddeutsche Zeitung, 21.06.2012

⁴³ Öchsner, Thomas: Brüderle sieht ein Wachstumswunder. In: Süddeutsche Zeitung, 22.10.2010

8.1. Kapitalrückfluss nach Südeuropa: Schon wieder ein Wunder?

Dass Ende 2012 in den sogenannten „Leitmedien“ größte Verwunderung über ein Aktien-„Rekordjahr“ trotz Euro-Krise in Deutschland, Europa und in den USA ausgebrochen ist⁴⁴ braucht also nicht zu überraschen. Als Erklärung für diesen Aktienboom wird ein sogenannter „Anlagennotstand“ herangezogen. Durch die Niedrigzinspolitik vor allem der EZB seien Staatsanleihen der Nicht-Schuldenländer zwar sicher, aber eben auch ertragsschwach geworden. Wegen der gleichzeitigen starken Nachfrage nach Staatsanleihen der Nicht-Schuldenländer seien andererseits die Preise für diese Anleihen so gestiegen, dass keine Rendite mehr bleibe.⁴⁵

Daher blieben nur Aktien, d.h. die Realwirtschaft als profitable Anlagesphäre. Ab hier wird die Sache dann allerdings richtig spannend: Insbesondere auf Aktien von Unternehmen in Schuldenländern wie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien konzentriert sich seit Sommer 2012 eine Kaufwelle „mutiger“ Investoren. Dementsprechend sind die Aktienindices des Südens der EU um viele Punkte gestiegen.⁴⁶

Dabei hat die Rückkehr des aus den Schuldenländern geflohenen Kapitals in diese natürlich einen einfachen Grund: Die von der deutschen Bundesregierung und ihren Satellitenregierungen in der EU-Peripherie gegen die dortigen Bevölkerungen durchgesetzte Verarmungspolitik mit Entlassungen, Lohnsenkungen, Renten- und Sozialleistungskürzungen, Steuererhöhungen, Privatisierungen etc. haben große Teile der Bevölkerungen in der EU-Peripherie aus dem Wirtschaftsprozess ausgegrenzt und auf ein Existenzminimum reduziert.⁴⁷

Damit ist die vor allem von der deutschen Politik geforderte faktische Lohnzurückhaltung bzw. Lohnquotensenkung und damit eine verbesserte Gewinnlage der Unternehmen in der EU-Peripherie erreicht. Schon für das Jahr 2011 hatte die EU-Kommission dann bereits für 18 der 27 Mitgliedsländer der EU Reallohnverluste prognostiziert.⁴⁸ So lässt

⁴⁴ Freiberger, Harald; Zydra, Markus: Ausflug auf den Gipfel. In: Süddeutsche Zeitung, 8./9.12.2012; Zydra, Markus: Rekordjahr für deutsche Aktien. In: Süddeutsche Zeitung, 29./30.12.2012 und Jalsovec, Andreas: Kurz vorm Gipfel. In: Süddeutsche Zeitung, 31.1.2013

⁴⁵ Zydra, Markus: Rekordjahr für deutsche Aktien: A.a.O

⁴⁶ Zydra, Markus: Ausgerechnet Griechenland. In: Süddeutsche Zeitung, 2./3.2.2013

⁴⁷ Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Peripheriestaaten stellt die Stilllegung eines erheblichen Teiles der ökonomischen Produktivkraft dieser Länder und dessen potentielle Ausgrenzung aus dem gesamten Wirtschaftskreislauf, mit Ausnahme eines Minimalkonsum dar.

⁴⁸ Informationsdienst Wissenschaft (Hrsg.): WSI: In 18 von 27 EU-Ländern drohen 2011 Reallohnverluste, 11.7.2011; NN: Europas Jugend: Fähigkeiten liegen brach. In: Böcklerimpuls, Düsseldorf 18/2012, S.7 und Schoepp, Sebastian: Der Jugend helfen. In: Süddeutsche Zeitung, 21.1.2013. Tatsächlich haben die Schuldenländer ihre Lohnentwicklung gegenüber der Vorkrisenzeit deutlich heruntergedrückt, d.h. „Innere Abwertung“ betrieben. Hoffmann, Catherine: Nach deutschem

sich dort durchaus Extraprofit produzieren und Investment platzieren. Folgerichtig entdeckt die EU-Kommission Europa wieder als „Produktionsstandort“⁴⁹ und spricht von „Re-Industrialisierung“.⁵⁰

8.2. Niedriglohnzone Südeuropa und „Innerer Süden“ in Deutschland: Hier locken die Extraprofite

Dabei hatte das Wunder-Halleluja zwei Strophen: In den Jahren 2010 und 2011 war es das deutsche Sonderwachstum aus Exportboom nach China und in die Schwellenländer bei gleichzeitigem Ausfall der Konkurrenz im EU-Süden, durch das Deutschland Europa angeblich, d.h. statistisch „aus der Krise zog“⁵¹ – während tatsächlich seine Exportkonzerne enorm profitierten. Dieser Boom wurde als „Beschäftigungsboom“ mit „Vollbeschäftigung in Reichweite“ besungen – bei Hocharbeitslosigkeit im EU-Süden.⁵² Für die deutschen Großunternehmen wurde damals konstatiert, dass es ihnen nach der Krise noch besser als davor schon gehe⁵³ – während die Gesamtwirtschaft den Einbruch von 2008 und 2009 noch immer nicht wieder ausgeglichen hat.⁵⁴

Diese erste Halleluja-Strophe zur deutschen Sonderkonjunktur wurde im Laufe des Jahres 2012 dann immer leiser gesungen. Professor Sinn: „Der Aufschwung ist zu Ende“.⁵⁵ Aber es hatte sich für die deutschen Exportkonzerne gelohnt: Die Exportüberschüsse waren enorm.⁵⁶ Und da schwoll auch schon das neue Halleluja des Aktienbooms aus den Wirtschaftsredaktionen. Die neoliberale Offensive der deutschen Politik

Muster. In: Süddeutsche Zeitung, 12.11.2012. Zu den Eurogefährdenden Wirkungen von Lohnsenkungswettbewerb durch „reale Abwertung“ Hoffmann, Lutz: Ein Wettlauf um Lohnsenkungen kann den Euro gefährden. In: Süddeutsche Zeitung, 30.7.1998

⁴⁹ Die Presse berichtet vom „Aktienboom“ in den Jugendarbeitslosigkeitsländern. Süddeutsche Zeitung, 28.01.2012

⁵⁰ Piper, Nikolaus: Die Jobs-Formel. In: Süddeutsche Zeitung, 08./09.12.2012 und Steinfeld, Thomas: Die Heimholung des Knechts. In: Süddeutsche Zeitung, 12.11.2012 und Informationsdienst Wissenschaft: BMBF-Zukunftsforum diskutiert Wege in eine Industrialisierung neuen Typs, Online-Dienst, 22.02.2013. Diese Rückkehr des Kapitals in eine neuprofitable Realwirtschaft wird von der Journaille bevorzugt mit Berichten über clevere Firmengründer in den Krisenländern und ähnlich einfallsreiche junge Leute in Deutschland garniert. Süddeutsche Zeitung, 16.08.2012, 6./7.10.2012 und 13.12.2012

⁵¹ Balsler, Markus: Deutschland zieht Europa aus der Krise. In: Süddeutsche Zeitung, 14./15.8.2010. Dies war der sogenannte „Aufschwung XL“ des Jahres 2010

⁵² Balsler, Markus: Der Boom geht weiter. In: Süddeutsche Zeitung, 20.01.2011

⁵³ Busse, Caspar: Der große Aufschwung. In: Süddeutsche Zeitung, 09.05.2011. Nun heißt es: „Aufschwung XXL“

⁵⁴ Grandt, Michael: Die Wahrheit: Es gibt keinen Konjunkturaufschwung. In: Kopp-Exklusiv 16/2011, S.5, www.kopp-exklusiv.de; Süddeutsche Zeitung, 12.01.2012 und Gammel, Kerstin: Schlimmer als gedacht. In: Süddeutsche Zeitung, 24.02.2012

⁵⁵ Balsler, Markus: So schön war der Aufschwung. In: Süddeutsche Zeitung, 15.12.2012

⁵⁶ Süddeutsche Zeitung, 14./15.08.2012

hat den Süden für das Auslandskapital aufgeschlossen und nun wird dort kräftig angelegt. In Nachrichtendiensten wird aufgeführt, was nicht nur die südeuropäischen EU-Länder mittlerweile alles privatisieren, d.h. verkaufen: Wasserwerke, Energieversorger, U-Bahnen, Autobahnen, Flughäfen, Hafenanlagen, Fluggesellschaften, Banken, Botschaftsgebäude, Schlösser, Baudenkmäler sowie Armee-, Luftwaffen- und Marineausrüstungen.⁵⁷ Die Auseinandersetzungen um die Schwächung der öffentlichen Wasserversorgung durch eine neue EU-Richtlinie zeigt, wie weit auch unter Nutzung der Euro-Krise das neoliberale Projekt „Europa“ wieder vorangebracht worden ist.⁵⁸ Dabei erscheinen die südeuropäischen Satellitenregierungen als die Antreiber der Neoliberalisierung: Um die Konkurrenz mit dem Norden besser bestehen zu können, fordern sie besonders aggressiv eine Liberalisierung der Energie-, Wasser- und sonstigen Versorgungswirtschaft sowie des Transport- und Mobilitätsbereiches.⁵⁹ Die Diskussion von 2005 und später über „Heuschrecken“ und „Vagabundierendes Kapital“⁶⁰ geht in eine neue Runde.

Natürlich war es Professor Sinn, der beim Ausklingen der ersten Wirtschafts- und Wunder-Hallelujastrophe noch kurz ein „Wunder auf dem Arbeitsmarkt“-Solo hinterherschickte.⁶¹ Dabei hat er allerdings nicht mitbesungen, wem dieses Wunder geschah: Den Aufkäufern von Arbeitszeit, die sich aus einem wachsenden Reservoir von Niedriglohn-, Prekär- und Zweitjobarbeit, sozusagen einem „inneren Süden“ des deutschen Arbeitsmarktes bedienen können⁶² - was die Arbeitsleute mittlerweile recht gut wissen und verstehen.⁶³

So ergibt sich ein Bild, bei dem zwar die EU insgesamt und insbesondere die Euro-Zone kaum Wachstum zeigt, dafür aber die jeweiligen Regierungen bemüht sind, durch Niedriglohnpolitik und Privatisierungspolitik gleichwohl Extraprofitchancen für das internationale, europäische und nationale Anlagekapital im „Wettbewerb“ mit den anderen EU- und Eurovolkswirtschaften zu bieten.

Dazu passend ist jetzt eine fast schon vergessene Thematik wieder auf die Agenda geraten: Die amerikanisch-europäische Freihandelszone als

⁵⁷ Gromberg, Torsten: Alles muss raus – Winterschlussverkauf in der EU. In: Kopp-Exklusiv, 11/2011, S. 5, www.kopp-exklusiv.de

⁵⁸ Prantl, Heribert: Ein Waterloo. In: Süddeutsche Zeitung, 26./27.01.2013

⁵⁹ Schoepp, Sebastian: Südliches Selbstbewusstsein. In: Süddeutsche Zeitung, 23.02.2012

⁶⁰ Beise, Marc: Vagabundierendes Kapital. In: Süddeutsche Zeitung, 25.06.2012

⁶¹ Süddeutsche Zeitung, 15.12.2012

⁶² Haas, Sybille: Trend zum Zweitjob. In: Süddeutsche Zeitung, 06.07.10.2012; Informationsdienst Wissenschaft, Online-Dienst, 28.08.2012; Öchsner, Thomas: Mehr Vollzeitjobs – das war 2012. In: Süddeutsche Zeitung, 31.07.2012

⁶³ Informationsdienst Wissenschaft, Online-Dienst, 16.11.2011

Gegenwicht gegen eine mögliche Wirtschaftsoption Deutschland-China. Und wie üblich lockt diese Zone auch mit den bekannten Möglichkeiten von Wirtschaftsraumerweiterung und Transaktionskostensenkung z.B. bei den Zöllen und vor allem bei den Standards.⁶⁴ Dahinter ist unverkennbar das Anliegen der US-Politik zu erkennen, Barrieren für den dringend nötigen Export ihrer höchst fragwürdigen Agrar- und Food-Erzeugnisse in den enormen EU-Markt zu beseitigen.⁶⁵ Gleichzeitig konnte die deutsche Exportwirtschaft mit ihren europäischen Zulieferern dank einer solchen Freihandelszone noch offensiver auf dem US-Markt operieren. Jedenfalls wird so die nächste Krise schon mit der Benennung der neuen Profitquellen vorbereitet.

⁶⁴ Gemmelin, Kerstin: USA und Europa rücken enger zusammen. In: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2013; Piper, Nikolaus: Babybrei und Flugzeuge. In: Süddeutsche Zeitung, 04.02.2013; Piper, Nikolaus: Gewagtes Projekt. In: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2013

⁶⁵ Koch, Moritz: Wollen wir das wirklich? In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.02.2013